

SO sehen wir es

Herausgeber: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
Druck: Brühwiler AG, Horgen
Erscheint sechsmal jährlich
Preis: Einzelnummer Fr. 3.-, Jahresabonnement Fr. 12.-
Nummer 6/91 Dezember 1991

SP

Böses Erwachen für Wädenswiler Finanzgenies: Steuererhöhung unumgänglich

Sparen heisst nicht einfach amputieren

von Liliane Goldberger, SP-Vertreterin in der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats

Seit 1982 ist der Steuerfuss der politischen Gemeinde Wädenswil von 107 auf 89% gesunken, das heisst um rund 1/6. Gleichzeitig konnte auch die Verschuldung der Stadt stark abgebaut werden. Denn die Wirtschaft florierte, und der Bodenmarkt boomte - zeitweise deckten die Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuern über zehn Prozent des laufenden Aufwands!

Die SP-Fraktion im Gemeinderat hat die Steuerfussreduktionen der letzten paar Jahre mitunterstützt. Solange wichtige Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger erbracht, die nötigen Investitionen getätigt und keine Schulden angehäuft werden, besteht schliesslich kein Grund, Steuern auf Vorrat zu erheben. Schon anfangs dieses Jahres jedoch haben SP und LdU beantragt, die städtische Finanzplanung auf die sich abzeichnende Konjunkturwende einzustellen und für die Zeit bis 1995 wenn nötig eine Steuerfusserhöhung vorzusehen. Der Stadtrat und die Mehrheit des Gemeinderats hingegen planten einen gleichbleibenden Steuerfuss.

Kostenschere geht auf

Kaum ein Jahr später beantragt nun der Stadtrat eine Steuerfusserhöhung um sage und schreibe 8%, und das bei gleichzeitigem Bezug von 2,5 Mio. Franken aus dem von den reichen Gemeinden gespiesenen Steuerfussausgleich und bei einem verbleibenden

Personen (also Aktiengesellschaften u.ä.) und brachte weit grössere Steuerausfälle für Staat und Gemeinden als erwartet. Auch die abflauende Konjunktur machte sich bereits etwas bemerkbar, vor allem aber der Rückgang des Immobilienhandels.



Defizit von 1,7 Mio.! Was ist da passiert? Zum einen ist 1991 eine der zahlreichen Steuergesetzrevisionen in Kraft getreten, welche in den letzten Jahren auf kantonaler Ebene (ebenfalls gegen den Willen der SP) durchgedrückt wurden. Sie entlastete diesmal vor allem die juristischen

Besoldungsrevision: teuer, aber nötig

Noch mehr trägt die Aufwandseite zur rapiden Verschlechterung der städtischen Finanzlage bei. Infolge der starken Teuerung und der auf Mitte 1991 in Kraft gesetzten strukturellen Besoldungsrevision des Kan-

tons, welche die Gemeinden sinnvollerweise nachvollziehen sollten, wächst die Lohnsumme im Durchschnitt um rund 13% an, mit entsprechenden Folgen bei den Sozialleistungen. Um dies etwas zu kompensieren, hat der Stadtrat dafür den Sachaufwand mehrmals „durchgekämmt“ und ihn schliesslich mit einer unter der Teuerungsrate liegenden Zunahme vorgelegt. Nicht zusammengestrichen wurde hingegen das Investitionsbudget; denn zum einen handelt es sich dabei oft um Gebäudesanierungen, deren Aufschieben keine echte Ersparnis bringt, und zum andern sollte bekanntlich die öffentliche Hand in Zeiten des Konjunkturrückgangs nicht auch noch die Bremse anziehen (antizyklisches Verhalten). Aber ist es denn vertretbar, im jetzigen Zeitpunkt dem städtischen Personal noch Reallohnerhöhungen zu gewähren? Verdienen die Beamten nicht ohnehin zuviel? Längst nicht alle öffentlichen Angestellten sind „Bürogummis“, sondern dazu gehören auch viele handwerklich Tätige, das Pflegepersonal usw. Und gerade diese gegenüber dem Verwaltungspersonal bisher eher unterbezahlten Berufsgruppen, zu denen viele typische „Frauenberufe“ gehören, wurden mit der strukturellen Besoldungsrevision jetzt endlich besser gestellt. Daran sollte auch die Stadt Wädenswil nicht rütteln, nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern auch der Konkurrenzfähigkeit als Arbeitgeberin. Zudem bietet die neue Besoldungsverordnung mehr Transparenz und weitere Vor-

teile, dank denen künftig die Entwicklung besser steuerbar sein wird als mit dem bisherigen System.

RPK für Steuerfusserhöhung...

Für viele wohl überraschend beantragt die bürgerlich dominierte (2 FDP, je 1 SVP, CVP, EVP, LdU und SP) Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderates Zustimmung zur beantragten Steuerfusserhöhung. Ohne diese Erhöhung würde nämlich das Eigenkapital der Stadt in bloss einem Jahr bis aufs gesetzliche Minimum aufgezehrt, und spätestens dann müssten wir den Steuerfuss doch noch erhöhen.

Bis dahin wird allerdings das für den Steuerfussausgleich massgebende kantonale Mittel der Gemeindesteuerfüsse stark ansteigen, sodass wir bei gleicher Steuerfusshöhe wie jetzt beantragt nur mit einer wesentlich geringeren Ausgleichszahlung rechnen könnten.

... und für die grosse Schere

Allerdings empfiehlt die Mehrheit der RPK das Budget nicht einfach tel quel zur Genehmigung. Aus Sorge, dass sonst künftig die Kosten noch mehr davonlaufen könnten, verbindet sie ihre Zustimmung mit Kürzungsanträgen im Gesamtbetrag von einer halben Million. Nebst einigen weniger bedeutenden Streichungen will sie vor allem der Schule an den Kragen: Das Budget der Schulabteilung (Gesamtaufwand 17,7 Mio. Franken) soll mit dem Auftrag zur Einsparung von 300'000 Franken an die Primarschulpflege zurückgewiesen werden

(obwohl dort, wo es „einschenken“ würde – bei den Lehrerlöhnen – Kürzungen nicht möglich sind, weil diese Lohnskalen weitgehend vom Kanton festgelegt werden).

Dass die Schulen (Primar- und Oberstufe) besonders bei Anschaffungen manchmal nicht gerade kostenbewusst wirken und bei entsprechenden Anstrengungen durchaus einige Einsparungen erzielen könnten, ist zwar auch meine Ansicht. Sparbeträge in der Grössenordnung von Hunderttausendern aber sind zweifellos nicht ohne unverantwortlichen Leistungsabbau möglich.

Wenn beispielsweise der Ausbau des Hortangebots wegen der zugegeben stark steigenden Kosten in Frage gestellt wird, so missachtet dies gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen wie den berechtigten Anspruch auch der Mütter auf Berufstätigkeit oder die Tatsache, dass oft ein ganz normales Berufseinkommen nicht mehr reicht, um eine Familie durchzubringen. Auch eine „Effizienzsteigerung“ (z.B. mehr Kinder pro Hortnerin) findet rasch einmal Grenzen.

Staatliche Leistungen dürfen auch nach Ansicht der SP ihren Preis haben bzw. aufs Nötigste beschränkt werden, wenn sie durch Bequemlichkeit, Profitstreben oder unvernünftiges Verhalten von Bürger/innen und Wirtschaft bedingt sind - etwa beim Abfallproblem. Wir werden aber nie Ja sagen zum Sparen nur dem Steuerfuss zuliebe und auf Kosten von Kindern und sozial Schwachen.

Liliane Goldberger

Ein flaues Gefühl...

befällt mich, wenn ich genau hinhöre: „Die Asylanten sind alles Drückeberger und Schmarotzer, ist doch klar. Hier haben sie jedenfalls nichts zu suchen. Eingesperrt gehören sie - oder rausgestellt aus der Schweiz.“

Ob sie die Gewaltakte gegen Ausländer guthiessen? Nein, natürlich nicht. Keinesfalls! Aber die Täter könne man halt schon verstehen. Eigentlich hätten sie ja ein bisschen recht oder nicht? Jedenfalls sei es schon gut, dass der Strebel und seine Leute an den Wahlen mitmachten. Sicher. „Nein, ich selber würde nie wählen gehen.“ Ach, die Politiker, die machten ja doch nur, was sie wollten. Das bringe doch nichts. Stimmen aus dem Volk 1991, es riecht nach Faschismus. WR

Der Wald ist ...

...so krank wie noch nie zuvor! dies geht aus dem Waldschadeninventar 1991 hervor, das die schlechtesten Ergebnisse sei Beginn des Sanasilva-Programms aufzeigt. Mehr als ein Fünftel aller Bäume in der Schweiz sind ernstlich krank, ein Drittel stark gefährdet. Zwei Drittel aller Bäume weisen eine mindestens 10 Prozent zu lichte Krone auf.

Die Schweizerinnen und Schweizer *blochen* munter weiter und *drehern* ungeniert noch mehr auf. Grösstes Problem bleiben für viele die Asylanten, denn diese machen sich am wenigsten an der Luftverschmutzung mitverantwortlich!

Oder wie lauten die Argumente schon wieder?

Willy Rüegg

Fuss- und Velowege, Schulwegsicherung

Am 24. Oktober trafen sich Mitglieder der GP und der SP im Volkshaus, um die Verkehrssituation in Wädenswil vor allem aus der Sicht der FussgängerInnen, VelofahrerInnen und BusbenützerInnen zu diskutieren. Sepp Dorfschmid berichtete von den noch hängigen SP-Postulaten zu diesem Themenkreis: Auf das Postulat zur Verbesserung der Fussgängerverbindungen wurde kaum reagiert; zum Postulat „Velofahren fördern“ machte der Stadtrat in einem Zwischenbericht viele Vorschläge, verwirklicht wurde jedoch nichts; ebenso liegt ein Postulat zur Verschönerung der Plätze in den stadträtlichen Schubladen.

Julia Gerber äusserte sich anschliessend zur Schulwegsicherung. Es sei ein Hohn, in bezug auf Kinder von „Eigenverantwortung“ im Verkehr zu sprechen, wie dies der Kanton in seiner Reaktion zur Verkehrsicherung an der Zugerstrasse tat. Sie schlägt vor, eine Kommission zu diesem Thema zu gründen, in der auch die betroffenen Kinder Einsitz haben sollten.

Heinz Wiher von der GP stellte die Initiative „Verkehrssicherheit für ganz Wädenswil“ vor. Mit einer Temporeduktion auf den Hauptstrassen im Zentrum, einem zusammenhängenden Velo- und Fusswegnetz und insbesondere flächendeckenden Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren möchten die Initianten erreichen, dass es auf den Wädenswiler Strassen weniger Verletzte, weniger Abgase, we-

niger Lärm und weniger Angst gibt. Lange genug wurden die Strassen vom Auto beherrscht. Nun sollen sie auch für die schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen wieder Lebens- und Aufenthaltsraum werden.

Der Stadtrat hat zum Volksbegehren einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, in welchem vor allem planerische Massnahmen vorgeschlagen werden. Konkrete Veränderungsvorschläge fehlen fast gänzlich, weshalb die Initianten ihren Vorstoss nicht zugunsten des Gegenvorschlages zurückziehen möchten.

Nach einer kurzen Pause wurde eifrig über das weitere Vorgehen und die inhaltlichen Aspekte der Initiative diskutiert. Auf jeden Fall wird die Auseinandersetzung mit diesem Thema das Bewusstsein für die Verkehrssituation in unserer Stadt fördern und dies - darin sind sich alle einig - tut dringend not.

Arlette Zbinden Halter

Gefoltert wird weiter

Am 16. Februar 1992 dürfen wir endlich über die eidgenössische Volksinitiative „Weg vom Tierversuch“ abstimmen. Bis dahin gehen die Tierversuche unvermindert weiter.

Eine Werbekampagne gegen die Initiative läuft bereits seit Wochen, gesponsert höchstwahrscheinlich von der „Chemischen“. Eine Vereinigung der

„Ärzte gegen Tierversuche“ unterstützt nun die Initiative. Das Festhalten an den Tierversuchen hemme den Fortschritt der medizinischen Forschung, weil es einer ganzheitlichen Sicht der Krankheitszusammenhänge abträglich sei. Immer mehr Krankheiten seien heute spezifisch menschlich und könnten durch Experimente an Tieren nicht erforscht werden.

Wird die chemische Industrie auf Tierversuche verzichten? Oder wird sie die blutigen Experimente einfach ins Ausland verlagern? Zuerst gilt es, die Abstimmung zu gewinnen! WR

Walter Zimmermann

Unser SP-Vertreter in der Gesundheits- und Sportbehörde, Walter Zimmermann, muss leider aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten. Mit ihm verlieren wir einen engagierten Vertreter unserer Anliegen in einem Gremium, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Vielen Dank für Deine Arbeit, Walter.

Die SP-Sektionsversammlung hat als Kandidaten für die Nachfolge Felix Faccini einstimmig nominiert und wünscht ihm alles Gute.

Hirzeltunnel

In zwei schriftlichen Anfragen habe ich vom Stadtrat Auskunft über die beiden Tunnelprojekte am Hirzel verlangt. Die Antworten sind knapp und dürftig ausgefallen. Eine Zunahme des Verkehrs erwartet der Stadtrat nicht.

Ich sehe dies anders. Eine öffentliche Diskussion ist notwendig, um die möglichen Auswirkungen festzustellen.

Der vorgeschlagene Hirzel-Strassentunnel würde die Fahrzeit zwischen Zug und dem linken Seeufer um zirka 15 Minuten verkürzen. Eine klare Attraktivitätssteigerung für den motorisierten Verkehr! Auswirkungen des Mehrverkehrs auf das schon heute stark belastete Strassennetz von Wädenswil sind also absehbar. Offen bleibt, wo genau die Mündung des Tunnels zu liegen käme. Dem Vernehmen nach soll dies auf Wädenswiler Gemeindegebiet, im Burstel, sein. Viel Lärm und Schadstoffe würden hier und an den Anfahrtswegen anfallen.

Das Gewerbe denkt noch nicht daran, doch die SP fragt: Welche Auswirkungen auf das Ladenangebot in Wädenswil müssen durch die Verkür-

zung der Verbindung nach Zug erwartet werden? Geraten wir in den Sog einer zweiten Agglomeration? Sind schon bald auch eine vierte Fähre und der Bau einer Schnellstrasse über den Seedamm zu erwarten?

Und übrigens, wer soll das alles bezahlen???

Die SP beurteilt das Vorhaben Hirzeltunnel sehr skeptisch. Neben der gewünschten Entlastung der Gemeinde Hirzel sind Nachteile zu befürchten, welche von den verantwortlichen Behörden offenbar noch nicht in Betracht gezogen worden sind.

An der Delegiertenversammlung der Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg verlangte ich gründliche Abklärungen in allen wichtigen Belangen des Tunnelprojekts. Die Sicht des ZPZ-Vorstandes, wonach für unsere Region keine erhebliche Mehrbelastung des Strassennetzes zu erwarten sei, teile ich keinesfalls. Immerhin werden durch den Tunnel zwei Autobahnen miteinander verbunden, was erfahrungsgemäss eine Zunahme der Verkehrsströme zur Folge haben wird. Berücksichtigt werden muss auch der geplante Eisenbahntunnel der NEAT.

Julia Gerber Rüegg

Impressum

Redaktion: Verena Bürchler, Willy Rüegg, Hans Seitz

Gestaltung: Willy Rüegg

AZB
8820 Wädenswil